

Eröffnung frauenORT Minna Fasshauer

10. Oktober 2018 / Laudatio Heide Janicki

Es gilt das gesprochene Wort

Laudatio, hab ich gelesen, kommt vom lateinischen laudare und bedeutet ‚loben‘, oder ‚preisen‘. Das möchte ich nicht. Ich werde berichten, was über die Politikerin Minna Faßhauer in vielen Jahren Recherche zu erfahren war.

Ich werde sie in ihrer Zeit vorstellen, auch auf die Zeit eingehen, wo es nötig ist, und ich werde mich dabei der Sprache und der Begrifflichkeiten der Arbeiter*innenbewegung vor 100 Jahren bedienen.

Minna Nicolai war in Bleckenstedt, Bördekreis Wanzleben, in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen, wo sie am 10. Oktober 1875 geboren wurde. Dort besuchte sie auch die Schule. Über ihre Kindheit und Jugend sagte sie: "Meinen Vater habe ich nicht gekannt. Er starb als ich drei Jahre alt war. Meine Mutter erhielt keine Unterstützung, und so mussten wir Kinder sehr früh mithelfen, unser Brot zu verdienen. Knapp aus der Schule entlassen, musste ich in Dienst bei fremden Leuten."

Schon als Kind von 6 Jahren habe sie zum Lebensunterhalt der Familie beisteuern müssen, ergänzte sie später, und daß sie frühzeitig mit den Ursachen für die Verelendung der Arbeiterschaft vertraut gewesen sei.

Das politische Leben wurde durch Illegalität und staatliche Willkür unter dem Sozialistengesetz bestimmt. Dagegen muß sie sich schon als Kind aufgelehnt haben, denn sie wollte auch »nach der Aufhebung dieses Gesetzes weiterhin illegal tätig bleiben, weil damals die Frau keine politische Gleichberechtigung besaß.“ So wird sie von Professor Biegel aus einem Lebenslauf von 1947 zitiert, der mir aber nicht vorliegt.

Daß Aktivitäten gegen die Obrigkeit illegal sind, hat sie also schon als Kind gelernt. Durch wen sie als junges Mädchen sozialistische Schriften kennenlernte, wie sie 1946 in einem Wahlkampfflugblatt schreibt, wissen wir nicht.

In Braunschweig findet sich der erste amtliche Nachweis 1894 auf der Meldekarte von Georg Faßhauer, von Beruf Schmied, bei dem sie mit 19 Jahren in der Petersilienstr. 5 Wohnung nahm. Durch ihn habe sie die Organisationen der Arbeiterschaft kennengelernt, sagte sie. Überlieferungen zufolge hat sie als Dienstmädchen, Waschfrau und auch in der Konserve ihren Unterhalt verdient.

1899 heiratet sie Georg Faßhauer. Sie bekommen die Söhne Otto und Walter.

Im Bildungsverein jugendlicher Arbeiterinnen und Arbeiter, der von der sozialistischen Arbeiterjugend Braunschweigs 1907 gegründet wird, ist sie aktiv. Sie erinnert sich: „Wir Frauen durften damals noch nicht am öffentlichen politischen Leben teilnehmen. Wir kamen dennoch heimlich zusammen. Der von uns Frauen geführte Kampf, voll unterstützt durch die Männer, führte 1908 zum Siege und damit zu unserer Gleichberechtigung im Versammlungsleben. Von **da ab** stand ich **ständig** in den Reihen der kämpfenden Arbeiterschaft,“

Das bestätigt Artur Krull, ein Weggefährte, der rückblickend sagt: „In illegalen Zirkeln wirkte sie bereits vor dem Jahre 1908 in Frauenversammlungen. Als im Jahre 1908 das Verbot der politischen Betätigung aufgehoben wurde, war sie führend für die Frauenbewegung und die Partei tätig.“ Es wäre deshalb auch nur die halbe Wahrheit, ihr Wirken auf das Frauenwahlrecht zu beschränken.

Es ist das Verdienst Minna Faßhauers, für die Beseitigung des reaktionären Vereins- und Versammlungsrechtes von 1850 im rückständigen Braunschweig gekämpft und damit die Voraussetzungen geschaffen zu haben, daß mit dem Heraustreten aus der Illegalität der gemeinsame Kampf der Frauen mit und in ihren Organisationen ja erst

umfassend möglich war. Jetzt konnten sie frei von dem Druck der Illegalität für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht aktiv werden.

Der Kampf der proletarischen Frauenbewegung im Kaiserreich hatte schon Auftrieb bekommen durch die 1. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen in Stuttgart im August 1907, die von Clara Zetkin geleitet wurde und an der Minna Faßhauer nach Berichten von Zeitzeugen teilgenommen hat. Einziges Thema „Das Frauenstimmrecht“.

Im Bericht an die Konferenz heißt es:

„Im Mittelpunkt ... steht natürlich die volle politische Gleichberechtigung der Geschlechter, die in einem unbeschränkten Vereins- und Versammlungsrecht und dem aktiven und passiven Wahlrecht der Frauen ihren Ausdruck findet.“

Daß beides zusammengehört war auch Minna Faßhauers Überzeugung.

Die Konferenz machte noch etwas deutlich: die Arbeiterinnen sahen im Wahlrecht keineswegs nur einen formalen Akt, für sie war es eine Waffe im Kampf um politische Macht mit dem Ziel, die Klassengegensätze zu beseitigen. Sie wollten die Sozialisierung der Wirtschaft, die Befreiung der Frau und der Arbeiterklasse durch Überwindung der Ausbeutungsstrukturen.

Weitere Schwerpunkte beschloss die 2. SPD-Frauenkonferenz 1908 in Nürnberg wie Kinderschutzkommissionen, Kindertagesstätten und die Organisierung von Kinderfreizeiten.

Dem wendet sich Minna Faßhauer sofort zu und wird in die neu geschaffene Kinderschutzkommission gewählt. Die Verhältnisse in Braunschweig schrien förmlich danach:

Amtsärztlich wird Unterernährung, Blutarmut, Skrofulose, Tuberkulose, Herzleiden, Rückgratsverkrümmung, Ungeziefer bei Braunschweigs Kindern als allgemeine Erscheinung festgestellt. Solche Verhältnisse hatten die Forderungen der Arbeiterinnen auf die politische Tagesordnung gesetzt.

Und so beschloß 1910 die II. Internationale Konferenz sozialistischer Frauen in Kopenhagen unter der Leitung von Clara Zetkin und Käthe Duncker, jährlich einen Frauentag zu veranstalten, an dem „die ganze Frauenfrage“ zu behandeln sei, am dringendsten die Durchsetzung des Frauenwahlrechtes.

„Die ganze Frauenfrage“ umfasste den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, den Frauenarbeitsschutz, ausreichenden Mutter- und Kinderschutz, gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung, den Achtsturentag und die Festsetzung von Mindestlöhnen, um nur die wichtigsten zu nennen.

In Braunschweig wurde der erste Internationale Frauentag 1911 begangen, und an den im Jahre 1913 erinnerte sich Robert Biehl aus der sozialistischen Arbeiterjugend. Da habe er aufgeregt hinter der Bühne verfolgt, wie Minna Faßhauer in der Hohetorschänke die Versammlung zum Internationalen Frauentag eröffnet und geleitet habe.

Anschließend seien die Frauen mit ihren wartenden Männern demonstrativ durch die Stadt zum Hagenmarkt spaziert, der damals Versammlungsort der Arbeiterschaft war.

In der sozialistischen Jugend gestaltet Minna Faßhauer bis in die Kriegsjahre hinein Sonntagswanderungen und Ferienspiele für Arbeiterkinder. An eine Wanderung in den Elm Himmelfahrt 1917 erinnert sich später ein Teilnehmer. Hunderte hätten daran teilgenommen - Minna Faßhauer immer an der Spitze.

Aber nicht nur in diesem Bereich ist sie aktiv:

Als die Reichsregierung darauf drängt, auch in Braunschweig endlich eine Arbeitsnachweis-Zentrale zu schaffen, wird Minna Faßhauer 1914 von der Gewerkschaft in die Gründungsversammlung delegiert, zu der auch Vertreter*innen der Landwirtschafts-, der Handels- und der Handwerkskammern und der Frauenvereine geladen waren. Die Arbeitsnachweis-Zentrale wurde beschlossen und damit gehört sie zu den Gründungsmitgliedern des späteren Arbeitsamtes.

Schon bei Kriegsbeginn im August 1914 war Minna Faßhauer in eine Versammlung der bürgerlichen Frauenvereine delegiert worden, wo Hilfe für die Frauen organisiert werden sollte, deren Männer und Söhne an der Front waren. Die Modalitäten der Zusammenarbeit wurden durch Dr. Heinrich Jasper ausgearbeitet.

Minna Faßhauer war eine der Frauen, denen der Bereich Familienfürsorge übertragen wurde. Sie packte die Aufgabe an und scheute auch nicht davor zurück, sich mit den Arbeiterfrauen in einer Ratssitzung direkt an die Stadträte zu wenden, die Not anzuprangern und energisch bezahlbare Lebensmittel zu fordern – vor allem Kartoffeln! So stand's 1915 in den Zeitungen.

Und die Not nahm rapide zu. Eine Studienarbeit der HBK von 1978 dokumentiert die Verpflegung der Bevölkerung im Kohlrübenwinter 1916/1917:

Minderwertiges, vornehmlich aus Kohlrüben gefertigtes Brot, Fleisch und Wurst, die mit Sägespänen gemischt waren; Zuteilungen, die weniger als die Hälfte des damals ermittelten Existenzminimums betragen.

Hilfe und Zusammenarbeit waren also dringend nötig.

Frau Hedwig Götze, Vorsitzende des Nationalen Frauenverbandes, hatte die Grundsätze zur Zusammenarbeit der Frauenvereine umrissen:

die gemeinsame Arbeit solle ohne Unterschied der Partei, des Vereins und der Person unter dem Namen „Nationaler Frauendienst“ getan werden – selbstverständlich unter voller Wahrung des Rechts auf eigene Meinungsäußerung und der Toleranz dem Andersdenkenden gegenüber.

Aber die Notwendigkeit, sich für oder gegen den Krieg zu entscheiden, klärte die Standpunkte. Die Mehrheit der Braunschweiger Arbeiter*innen ging nicht mit der Kriegspolitik des Parteivorstandes, und auch nicht mit der Burgfriedenspolitik der Gewerkschaften.

Sie stellten sich auf die Seite Karl Liebknechts – auch Minna Faßhauer, die ihre Haltung öffentlich vertrat. Dabei ging sie ein hohes Risiko ein, denn Friedenspropaganda im Krieg hieß Zuchthaus oder konnte Todesstrafe bedeuten.

Frau Götze schrieb dem SPD-Ortsvorstand: „Da Frau Faßhauer sich öffentlich an die Seite derjenigen Ihrer Parteigenossen stellt, die ... der Reichsregierung die unbedingt zur Rettung des Landes notwendige Geldbewilligung versagten, können wir sie nicht länger als eine geeignete Persönlichkeit ansehen, die in einer Vereinigung mitarbeitet, die sich Nationaler Frauendienst nennt“.

Der Genosse Genzen antwortet für den SPD-Ortsvorstand: „... dass Frau Faßhauer aus politischen Motiven vom nationalen Frauendienst ausgeschlossen wurde. Motive, die die Genossin Faßhauer ehren. Sie hat rechtzeitig die Gefahren des Weltkrieges erkannt, hat sich ... von ihrer politischen Überzeugung... nicht abbringen lassen.“

Das unterstrich später der bereits erwähnte Mitstreiter Artur Krull, der ihr bescheinigte: „Durch ihre Begeisterung für Freiheit und Frieden, durch ... ihre übrigen ausgezeichneten Eigenschaften wurde sie bald mit den Besten der Partei bekannt, und da sie keine Halbheiten duldete, schloss sie sich dem linken Flügel der Partei an.“

Die Haltung gegen Nationalismus und Militarismus hat Minna Faßhauer bis ans Lebensende nicht verloren.

1918 wird mit der Novemberrevolution der erste Weltkrieg beendet, durch sie werden erstmals Gesetze erkämpft, die die Forderungen der Arbeiterschaft aufgreifen.

Am 10. November 1918 ernennt der Arbeiter- und Soldatenrat Minna Faßhauer zur Volkskommissarin für Volksbildung.

Am 21. November hebt sie die kirchliche Oberhoheit und Weisungsbefugnis der Kirche auf.

Die gesetzliche Grundlage für weltliche Einheitsschulen geschaffen zu haben, an denen die Geschlechtertrennung aufgehoben wird, ist das Verdienst des Volkskommissariats für Volksbildung unter der Verantwortung von Minna Fasshauer.

Diese alte Forderung der Arbeiterbewegung hatte in der bürgerlichen Revolution von 1848 noch nicht durchgesetzt werden können.

Sie verfügte:

„Der Geschichtsunterricht darf fortan nicht mehr der Völkerverhetzung und Fürstenverherrlichung dienen.

Die Kriegsgeschichte, die bisher übermäßigen Raum einnahm, muß der Kulturgeschichte den Vorrang lassen.

Alle tendenziösen und falschen Belehrungen über den Weltkrieg und seine Entstehung sind zu unterlassen.“

In einer weiteren Anordnung heißt es:

„Aus den Schulbüchereien sind alle Bücher, welche der Kriegs- und Fürstenverherrlichung dienen, zu entfernen.

Herabsetzende Äußerungen der Lehrerschaft über die revolutionären Errungenschaften werden untersagt, um die Gefahren eines Bürgerkrieges mit seinem unabsehbaren Elend auszuschließen.“

Die Schulvorstände werden aufgefordert, durch den Ausbau von Kinderhorten dafür zu sorgen, daß den Kindern, denen dies fehlt, Aufsicht und Unterstützung durch die Horte zuteilwird.

Auch müssten für die vorschulpflichtige Jugend der arbeitenden Klassen Volkskindergärten gegründet werden, damit sie beim Eintritt in die allgemeine Volksschule möglichst nicht hinter den Kindern der anderen Volkskreise an Sprachfertigkeit und Reichhaltigkeit ihres Vorstellungslebens zurückbleiben.

Eine immense Hilfe für die Arbeiterfrauen!

Der Herzog war als Landesherr gleichzeitig geistiges Oberhaupt und Bischof der Landeskirche gewesen. Als Minna Faßhauer Volkskommissarin für Volksbildung wurde, trat sie formal in die Nachfolge des Herzogs in kirchlichen Belangen ein. Die Revolutionärin erscheint namentlich und verantwortlich im Amtsblatt des Braunschweigischen Landes-Konsistoriums!

Mein Dank für die Information über dieses Kuriosum der Braunschweiger Revolutionsgeschichte geht an Dietrich Küssner, Kirchenhistoriker und Pastor im Ruhestand.

Ab Dezember 1918 vertritt Minna Faßhauer die Beschlüsse der USPD als Volkskommissarin für Volksbildung im Braunschweigischen Landtag ... noch in der Überzeugung, der Arbeiter- und Soldatenrat werde weiterhin die Regierung in der Sozialistischen Republik Braunschweig stellen.

Dafür hatten sie gekämpft und dafür hatten sie als Antwort auf die Herrschaft von Polizeiknüppel und Repressionsapparat im Herzogtum eigene Vorstellungen von Demokratie entwickelt:

- Sie wollten mit der Räterepublik Strukturen schaffen, die besonders der Arbeiterklasse mehr demokratische Rechte garantiert hätten.
- Sie wollten eine demokratische Wirtschaft durch Sozialisierung der Großbetriebe.
- also wollte auch Minna Faßhauer nicht Abschaffung, sondern mehr Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft.

Aber der Kampf um die politische Richtung – Parlamentarismus oder Räteredemokratie – war längst entbrannt.

Als die Mehrheit im Braunschweiger Landtag mit der Minderheit des Bürgertums gegen die Forderung der Arbeiter*innenschaft nach einer Räterepublik und für den Parlamentarismus stimmt, zieht sie die Konsequenzen und legt ihr Mandat nieder.

Ruhe kehrt nicht ein.

Die Maercker-Truppen rücken auf Befehl von Ebert und Noske im April 1919 auch in Braunschweig ein und zerschlagen die revolutionäre Bewegung. Die Konterrevolution erstarkt und erreicht 1920 einen vorläufigen Höhepunkt mit dem Kapp-Lüttwitz-Ludendorff-Putsch, dessen Ziel die Wiederherstellung der Monarchie war. Obwohl der Putsch mit einem bisher einmaligen Generalstreik niedergeschlagen werden konnte, muß sich die Braunschweiger Arbeiterschaft weiter gegen Provokationen, Drohungen und tätliche Angriffe von Stahlhelm – der sich ja bereits 1918 gegründet hatte - und weiteren militaristischen Verbänden wehren. Darunter auch die Organisation Georg Escherich, Orgesch, aus deren Reihen später SA-Mitglieder kamen.

Aus den Versammlungen dieser Verbände wird berichtet, daß dort Angriffe auf die Organisationen der Arbeiter*innenschaft geplant und sogar Morddrohungen gegen die Novemberrevolutionäre offen ausgestoßen werden.

Das blieb ohne Konsequenzen durch Polizei und Staatsanwaltschaft.

Die Provokationen werden konkreter.

Die KPD wird den Zeitungen zufolge von obskuren Gestalten nach Waffen gefragt, ein Provokateur in Uniform habe sogar eine Waggonladung Waffen angeboten, was von der KPD vehement zurückgewiesen wird.

Trotzdem gibt es Massenverhaftungen von Kommunisten.

Die Kriminalisierung der Novemberrevolutionäre ist bereits Ausdruck für das Erstarken der Konterrevolution und die Schwächung der Arbeiterbewegung.

Das ist das Klima, in dem Minna Faßhauer angeklagt und verhaftet wird.

Für sie waren die Angriffe auf die Erfolge der Novemberrevolution nicht beendet: Sie widersetzt sich 1921 dem Entwaffnungsgesetz, wird wegen dieses Vergehens verurteilt, aber später amnestiert. Sie steht unter ständiger Beobachtung, die Familie wird mit Hausdurchsuchungen überzogen.

Im Juni und Juli 1921 werden in Braunschweig Sprengstoffanschläge verübt, die Minna Faßhauer zur Last gelegt werden. Sie wird bespitzelt, schikaniert, und obwohl sie mit keinem der Tatorte in Verbindung gebracht werden kann, wird sie verhaftet.

Das Verfahren wird im März 1922 eröffnet.

Weil die Prozessakten bei einem Angriff 1944 verbrannt sind, mußte ich mich auf die Berichterstattung gestützt. Der „Braunschweiger Allgemeiner Anzeiger“ z.B. – kein Freund der Arbeiter*innenschaft! - berichtet detailliert und fast protokollarisch.

Minna Faßhauer wird angeklagt,

- am Mittwoch, dem 5. Januar 1921 mit dem Fahrrad nach Delligsen gefahren zu sein, und dort einen Einwohner gefragt zu haben, ob noch Dynamit vorhanden sei,
- diese Information einem Mitangeklagten weitergegeben zu haben, der zum Prozess aber flüchtig war und nicht zur Sache befragt werden konnte,
- und so wesentlich Beihilfe geleistet zu haben.

Soweit zum Kern der Anklage, die ihr bis heute nachhängt. Das muß endlich ein Ende finden!

Deshalb einige Anmerkungen: Im 85 km entfernten Delligsen im Landkreis Holzminden, das 1918/19 zum Regierungsbezirk des Arbeiter- und Soldatenrates gehörte, gab es einen Kalksteinbruch, der das täglich Brot der Delligser war.

Natürlich gab es wie in jedem Steinbruch auch dort Dynamit, und das Wissen über und der Umgang mit Dynamit war den Delligsern vertraut und in Braunschweig bekannt - der Präsident der Sozialistischen Republik Braunschweig, August Merges, saß dort für die SPD im Gemeinderat, bevor er nach Braunschweig kam.

Folgen wir der Anklage, muß Minna Faßhauer, 46jährig, nach Delligsen und zurück 170 km mit einem Fahrrad damaliger Bauart die hügeligen Straßen des Vorharz bei einer Temperatur von etwa 7° C, so die Wetterhistorie, bewältigt haben.

Nur, um an eine Information zu kommen, die auch hier kein Geheimnis war?

Minna Faßhauer erklärt sich für nicht schuldig und verweigert ebenso wie die Mitangeklagten die Aussage. Sie verbleibt in Untersuchungshaft ... obwohl berichtet wird, daß sie zwischendurch auch mal auf eigene Bemühungen entlassen wird.

Im ersten Artikel über die Eröffnung der Anklage wurden bereits die Paragraphen aufgezählt, die zur Verurteilung heranzuziehen seien.

Die Anklage zu stützen, beruft sich die Staatsanwaltschaft mehrfach auf einen „Gewährsmann“, den sie aber weder benennen will noch als Zeugen lädt, weil er nicht erreichbar sei.

Minna Faßhauer wird zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die mit der Untersuchungshaft abgegolten waren.

Die bürgerlichen Ehrenrechte werden ihr trotz der Schwere der Anklage – immerhin „kommunistische Terrorakte!“ - nicht aberkannt.

Aber der Grundsatz „Im Zweifel für die Angeklagte“ fand keine Anwendung.

Die Beweise für Minna Faßhauers Beteiligung an den Anschlägen fehlen bis heute.

Die Verurteilung erscheint als politisch gewolltes Konstrukt.

Der Verteidiger Justizrat Fränkel aus Berlin äußerte, er habe seit 20 Jahren in großen politischen Prozessen die Verteidigung geführt, aber „ich habe noch niemals ähnliches erfahren wie in Braunschweig.“

Erst im Faschismus finden sich wieder Nachweise über Minna Faßhauers politische Tätigkeit:

Im Mai 1935 wird sie mit August Merges und 14 weiteren Antifaschisten beschuldigt "... des hochverräterischen Unternehmens, mit Gewalt die Verfassung des Reiches zu ändern“.

Klagges, faschistischer Ministerpräsident, und Jeckeln, Chef der Gestapo, hatten den Prozess nach Braunschweig geholt, was vollkommen unüblich war. Es sollte ein Exempel an den Novemberrevolutionären statuiert werden.

Minna Faßhauer soll illegale Schriften verteilt haben. Die Klageschrift der Nazis bezieht auch die Strafe von 1922 ein. Ihnen gilt sie als vorbestraft.

Sie bestreitet jede illegale Betätigung, wird im Mai 1935 freigesprochen, steht aber weiter unter Beobachtung, wird im Oktober in Schutzhaft genommen und ins Frauen-Konzentrationslager Moringen verbracht.

Im Januar 1936 wird sie schwerkrank entlassen. Sie war über 60 Jahre alt und hatte 50 Pfund an Gewicht verloren.

Nach der Befreiung vom Faschismus tritt sie 1946 in die KPD ein, wird aktiv in der politischen Frauenarbeit, auch in der KPD-Landesleitung. Sie kandidiert auch zu den Kommunalwahlen, erringt aber keinen Sitz im Stadtparlament.

Gleichzeitig ist sie aktiv bei Aufbau und Gründung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in Braunschweig.

Während einer Frauenversammlung in Braunschweig erleidet Minna Faßhauer einen Gehirnschlag. Sie hatte die Frauen und Mütter aufgefordert, mitzuhelfen, dass zukünftige Kriege verhindert werden. Internationale Verständigung unter den Völkern zur Erhaltung eines dauerhaften Friedens für die Menschheit waren ihre letzten Worte. Sie stirbt Stunden später am 28. Juli 1949 im Alter von 74 Jahren.

Von Arthur Krull, der bei ihrer Beerdigung gesprochen hat, wissen wir von ihrer politischen Vision:

„In ihrer 40jährigen Tätigkeit hatte sich ihr politischer Blick geschärft, ... Sie ging nicht vom nationalen sondern vom sozialen Problem aus.

... Sie hatte sich am Geist von Rosa Luxemburg geschult und wusste, daß man den Sozialismus nicht durch Gesetze einführen kann. ...

Sie ... wollte die wirkliche Freiheit. ... Sie entschied sich ... für das in der Revolution geborene Räteresystem.

Für sie war Sozialismus keine Parteiangelegenheit. Darin lag ihre Größe, daß sie über den engen Rahmen der Partei hinausdenken konnte. Und hierin lag auch ihre allgemeine persönliche Anerkennung.“

Parteien sah sie wohl als Hebel, mit dem sie das Bestmögliche für die Arbeiterklasse zu erreichen versuchte. Ihr Weg führte sie von der SPD über die USPD und KAPD letztlich zur KPD. Ihrer Überzeugung blieb sie treu.

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes / Bund der Antifaschisten setzte sich 2015 erfolgreich dafür ein, dass in der Hugo-Luther-Straße 12, ihrem letzten freigewählten Wohnsitz, ein Stolperstein an Minna Faßhauer erinnert.

Ich hätte sie gern kennen gelernt.

Im Namen des DGB-Kreisfrauenausschuss bedanke ich mich sehr herzlich für die Wertschätzung der Arbeiterin, Revolutionärin, Volkskommissarin, Ministerin, Kommunistin Minna Faßhauer und die Aufnahme in die Reihe der frauenORTE.